Landtagswahlen in Baden Württemberg am 14. März 2021

Starke Verluste für bürgerlichen Parteien – Zugewinne für DIE LINKE

DIE LINKE als Fundamentalopposition gegen die anderen Parteien und als kämpferische sozialistische Partei aufbauen

Ursel Beck. Kandidatin von DIE LINKE für die Landtagswahl im Wahlkreis Stuttgart IV

Winfried Kretschmann und die Grünen werden von den bürgerlichen Medien als die großen Wahlsieger präsentiert. In Wahrheit haben die Grünen bei den Landtagswahl in Baden Württemberg 37.204 Stimmen weniger als 2016. Alle bürgerlichen Parteien von der AFD bis zu den Grünen haben insgesamt fast 800.00 Stimmen verloren. Die AFD hat sich fast halbiert. Die CDU hätte noch viel mehr als 278.717 Stimmen verloren, wenn die 50% Briefwähler ihre Stimme nicht schon großteils vor dem Korruptionsskandal abgegeben hätten.

Kundgebung gegen AfD vor dem Kursaal Bad Cannstatt am 5.3. 2021

Einzig die FDP konnte im Lager der etablierten Parteien zulegen. Sie hat die Verluste bei den anderen größeren bürgerlichen Parteien mit einem Zuwachs von 62.280 um weniger als 10% ausgeglichen. Das gelang ihr nur deshalb weil sie in den letzten zehn Jahren an keiner Landesregierung beteiligt war, von den Medien stark befördert wurde und die Unzufriedenheit über die Coronapolitik zum Ausdruck brachte und in Wählerstimmen verwandeln konnte. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 2016 um 6,6% auf 63,8% zurückgegangen und ist eine der niedrigsten bei den Landtagswahlen bisher. Die Nichtwähler sind mit 36,2% die stärkste Partei.

DIE LINKE gewinnt 17.000 Stimmen dazu

Während die bürgerlichen Parteien massive Stimmenverluste kassiert haben, hat DIE LINKE 17.000 bzw. 0,7% Stimmen hinzugewonnen. Mit 3,6% (173.295 Stimmen) hat sie das bislang beste Ergebnis bei Landtagswahlen erreicht.

Die Zuwächse für DIE LINKE gab es vor allem in den Großstädten und hier nochmal besonders in den Unistädten. In Freiburg bekam DIE LINKE mit 11,2 % ihr bestes Ergebnis. Das Ziel, diesmal endlich die 5%-Hürde zu knacken, wurde allerdings verfehlt.

In einer Pressemitteilung des Landesvorstands vom 15.3.2021 zu den politischen Gründen sagt die Landessprecherin Sahra Mirow : *„Wir haben auf die richtigen Themen gesetzt: bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung und Ausbildung, sozial-ökologischer Umbau, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und der Kampf gegen Rassismus*

und für die Gleichstellung der Geschlechter. Uns ist es allerdings nicht gelungen, das eklatante Versagen der grün-schwarzen Landesregierung in diesen Bereichen deutlich zu machen.“

Tatsächlich wurden die Grünen von Anfang nicht so angegriffen, wie es nötig gewesen wäre, um einen größeren Teil der Grünwähler*innen für DIE LINKE zu gewinnen. Der Hintergrund dafür ist, dass letztlich genauso wie auf Bundesebene die Grünen als Koalitionspartner betrachtet werden, mit denen man einen angeblichen Politikwechsel durchsetzen will.

Wahlprogramm

Die AKL und der Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster hatten beim Landesparteitag Anträge für eine antikapitalistische und sozialistische Ausrichtung des Landtagswahlprogramms gestellt, die keine Mehrheit bekamen. Meinen Redebeitrag in der Generaldebatte beim Landesparteitag am 5.12.2020 gibt es hier

Die AKL hatte auch beantragt, den Hauptslogan des Wahlkampfes „Solidarisch aus der Krise. Zusammen. Mit uns.“ zu ersetzen durch „Für Mensch und Natur statt für Profit“. Das wurde vom Landesvorstand abgelehnt. Schließlich gab es den Kompromiss, dass der Zusatz „Für Mensch und Natur statt für Profit“ als Unterzeile aufgenommen wird.

Dieser Beschluss wurde jedoch nicht umgesetzt. Selbst in der Langfassung des Wahlprogramms wurde der Zusatz nicht auf dem Titelblatt, sondern nur in der Überschrift zur Präambel erwähnt. Mit dem zentralen Slogan „Solidarisch aus der Krise. Zusammen. Mit uns.“ grenzte sich DIE LINKE nicht von der Politik der etablierten Parteien ab, weil völlig unklar blieb wer hier mit wem zusammen wofür solidarisch sein soll.

Hinzu kam, dass die Herrschenden den Begriff „Solidarität“ für ihre desaströse Corona-Politik missbrauchen. Das konnte dann als Zustimmung der LINKEN zu dieser Politik verstanden werden, zumal die Bundestagsfraktion der LINKEN der Rolle einer linken Opposition in der Coronapolitik nicht gerecht wurde und der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow bei den Spitzenrunden von Bund und Ländern immer mit dabei ist und die Beschlüsse mitträgt.

Die Folge war, dass dieses Vakuum durch die Coronaleugner*innen und von der FDP genutzt werden konnte. Mehrere Passanten*innen sagten uns am Infostand, dass sie uns nicht (mehr) wählen, weil wir die Corona-Politik von Merkel unterstützen. Und es wurde auch klar, dass ein Teil ehemaliger LINKE-Wähler*innen bereits im Lager der Corona-Leugner gelandet ist.

Koalitionsfrage

In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten vom 29.1.2021 erklärte die Landesprecherin Sahra Mirow: „Natürlich wollen wir in den Landtag einziehen … Sollten sich dann Konstellationen ergeben, die einen wirklichen Politikwechsel beinhalten, werden wir darüber diskutieren. … Wenn SPD und Grüne meinen, mit der FDP eine ökologische Erneuerung betreiben zu können, irritiert das sehr“.

Von einer LINKEN wäre zu erwarten, dass sie sagt, egal welche Koalition nach der Wahl regiert, es wird keine ökologische Erneuerung geben, weil die anderen Parteien Politik für die Profitinteressen der Energie- und Autokonzerne machen und nicht für Menschen und Klima. Sie wollen die kapitalistischen Verhältnisse aufrechterhalten. Wir wollen sie abschaffen.

Die vielen guten Forderungen der LINKEN, können nur gegen alle anderen Parteien und gegen die Macht der Unternehmer durchgesetzt werden. Dafür gehört DIE LINKE im Landtag in die Opposition und vor allem muss sie den außerparlamentarischen Kampf dafür in den Betrieben und Stadtteilen führen.

DIE LINKE Baden Württemberg hätte bei der Koalitionsfrage klar machen sollen, dass sie nicht den Fehler der LINKEN in Bremen machen werde. Hier zeigt sich, dass eine Koalition mit Grünen und SPD eine Mitmachfalle für kapitalistisches Krisenmanagement zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung ist. Der Koalitionsvertrag in Bremen verpflichtet zu „sparsamen Wirtschaften“. Nach Corona soll die Schuldenbremse wieder gelten. Das Polizeigesetz wurde verschärft. Während des Wahlkampfes in Baden Württemberg beschädigte die linke Gesundheitssenatorin in Bremen, Claudia Bernhard, mit ihrer Unterstützung für den Abbau von 440 Stellen am kommunalen Klinikum die Glaubwürdigkeit der LINKEN in der seit Jahren geführten Pflegekampagne.

Wenn DIE LINKE Regierungen mit SPD und Grünen zur Strategie für einen linken Politikwechsel erklärt, wertet sie SPD und Grüne auf. Da die Prognosen für DIE LINKE bei 3% bis 4% lagen, zogen viele Wählerinnen die Schlussfolgerung, dass sie dann lieber Grün oder SPD wählen, damit „ihre Stimme nicht verloren geht“. Mit diesem Argument mussten wir uns an den Infoständen öfters auseinandersetzen.

Weil DIE LINKE die Heuchelei von SPD und Grünen und ihre Politik für Reiche nicht auseinandernimmt, leistete sie dem Argument der „verlorenen Stimme“ Nachschub, anstatt es zu widerlegen.

Zu denken geben muss der LINKEN auch der Anstieg der Stimmen für die Satire-Partei „Die PARTEI“. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich von 17.000 auf fast 60.000 (1,2 %). Und selbst die kurz vor der Wahl gegründete Klimaliste erhielt fast 43.000 Stimmen. Beide Kleinstparteien haben damit mehr als halb so viele Stimmen wie DIE LINKE bekommen und Wählerpotenzial abgeschöpft.

Außerparlamentarische Opposition ist zentral

Eine Vertretung der LINKEN im Parlament kann nur dann eine positive Rolle spielen, wenn sie als Opposition zu den anderen Parteien wahrgenommen wird. Wichtiger ist eine kämpferische Rolle außerhalb der Parlamente, in den Betrieben und Stadtteilen. DIE LINKE muss eine Rolle dabei spielen, in den Gewerkschaften einen Kurswechsel weg vom Co-Management hin zu einem konsequenten Kampf für die Klasseninteressen der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen.

Sowohl der Ersatzkandidat im Wahlkreis IV a Reiner Hofmann als auch ich sind aktiv im Metallertreff Stuttgart und der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG). Wir waren daran beteiligt, die Flyer des Metallertreffs gegen Arbeitsplatzvernichtung und für eine offensive Tarifrunde vor Betrieben zu verteilen. Wir haben während des Wahlkampfes auch an einer Solidaritätsaktion von DIDF und dem Metallertreff Stuttgart für Streikende eines Daimler-Zulieferers in der Türkei vor dem Tor des Daimler-Werks in Mettingen teilgenommen.

DIE LINKE muss Mieterinitiativen und andere Selbstorganisation gegen den kapitalistischen Wahnsinn unterstützen und initiieren und dadurch den außerparlamentarischen Kampf aufbauen und zuspitzen.

Beim Bundesparteitag Ende Februar wurde eine neue Parteispitze gewählt. Der dringend nötige Kurswechsel weg von einer parlamentarischen Fixierung und weg von der Orientierung auf eine Regierung mit SPD und Grünen hin zu einer Fundamentalopposition gegen die prokapitalistische Politik dieser Parteien und zum außerparlamentarischen Kampf blieb aus.

DIE LINKE liefert nach wie vor weder eine Klassenanalyse der Krise des Kapitalismus, noch liefert sie eine Strategie zur Abschaffung des Kapitalismus und eine Vision von einer sozialistischen Demokratie. Deshalb gibt es die von der Parteispitze immer wieder propagierte Aufbruchstimmung durch den Bundesparteitag nicht.

Kapitalismus ist strukturell korrupt. Durchschnittslohn für LINKE-Abgeordnete

Der Korruptionsskandal am Ende des Wahlkampfes hätte genutzt werden können, um öffentlich zu machen, dass der Kapitalismus strukturell korrupt ist, die anderen Parteien dicke Spenden von Unternehmen bekommen, Lobbyisten Gesetze schreiben und dass die Anträge der LINKEN im Bundestag für das Verbot von Lobbyismus und die völlige Transparenz von Nebeneinkünften von allen anderen Parteien abgelehnt werden.

Ein Nachbar meinte mir gegenüber: „Ihr müsst jetzt Überkleber auf Eure Plakate machen mit der Aufschrift: „Wir nehmen keine Spenden von Unternehmern. Wir sind nicht korrupt.“ Das wäre ein Mittel gewesen, um den Boykott der Medien gegenüber der LINKEN in dieser Frage ein Stück weit zu durchbrechen.

Wäre es so, dass DIE LINKE Privilegien für Abgeordnete ablehnt und Abgeordnete der LINKEN nur einen durchschnittlichen Lohn bekommen und alles was darüber hinausgeht an DIE LINKE und soziale Bewegungen abgeben, würde den Wähler*innen deutlich gemacht, dass es einen qualitativen Unterschied zwischen der LINKEN und den anderen Parteien gibt.

Unser Ortsverband und die AKL hatten zum Landesparteitag einen Antrag gestellt mit der Forderung nach einem Facharbeiter*innenlohn für Landtagsabgeordnete von DIE LINKE. Der Antrag wurde nicht behandelt, weil der Landesparteitag coronabedingt auf einen Tag verkürzt wurde.

In Veröffentlichungen auf der Website und in Diskussionen habe ich erklärt: *„Abgeordnetenmandate dürfen nicht zu Privilegien führen. Wenn ich in den Landtag komme werde ich von den mehr als 8.210 Euro Diäten maximal netto 1.000 Euro behalten. Alles was über diesen Eigenanteil und die Finanzierung der Abgeordnetentätigkeit hinaus geht, werde ich an die Partei DIE LINKE und andere mir nahestehende politische Organisationen und Initiativen spenden.*

Wahlkreis Stuttgart IV: Viertbestes Ergebnis aller 70 Wahlkreise

Landtagswahl	2021			2016			Differenz			Landtagswahl
14.03.2021	Wahlbet.	Stimmen	Prozente	Wahlbet.	Stimmen	Prozente	Wahlbet.	Stimmen	Prozente	16.03.2016
Land Baden Württemberg	63,8%	173.295	**3,6%**	70,4%	156.240	2,9%	-6,6%	17.055	0,7%	Land Baden Württemberg
Stuttgart gesamt	64,8%	14.304	**6,0%**	72,8%	14.241	5,3%	-8,0%	63	0,7%	Stuttgart gesamt
Stuttgart I (Zentrum) Filippo Capezzone	69,4%	5.125	**7,5%**	74,9%	5.333	7,3%	-5,5%	-208	0,2%	Stuttgart I (Zentrum) Hannes Rockenbauch
Stuttgart II (Filder) Lisa Neher	69,9%	2.798	**4,4%**	77,4%	2.367	3,3%	-7,5%	431	1,1%	Stuttgart II (Filder) Johanna Tiarks
Stuttgart III (Nord) Aynur Karlikli	59,9%	2.559	**4,8%**	69,9%	2.786	4,4%	-10,0%	-227	0,4%	Stuttgart III (Nord) Reiner Hofmann
Stuttgart IV (Neckar) Ursel Beck	59,6%	3.822	**7,0%**	68,7%	3.755	5,9%	-9,1%	67	1,1%	Stuttgart IV (Neckar) Bernd Riexinger

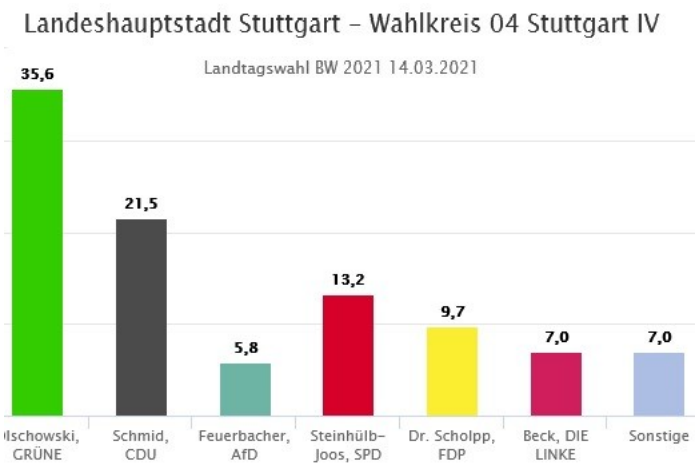
Landtagswahlergebnis DIE LINKE am 14. März 2021 im Wahlkreis Stuttgart IV

Bei den Landtagswahlen 2016 war Bernd Riexinger Kandidat im Wahlkreis IV und ich Ersatzkandidatin. Bernd Riexinger war damals Bundesvorsitzender und gleichzeitig „Spitzenkandidat“ der LINKEN in Baden Württemberg, somit der prominenteste Vertreter der LINKEN damals. Bis zu seinem Wechsel zum Bundesvorsitzenden von DIE LINKE war er lange Jahre Geschäftsführer von ver.di Stuttgart.

Innerhalb der LINKEN gingen viele davon aus, dass es mit mir als Kandidatin schwierig sein werde, das Wahlergebnis von Bernd Riexinger von 5,9% vor fünf Jahren zu erreichen.

Aber wir erreichten einen Zuwachs um 1,1% auf 7% - das viertbeste Ergebnis aller 70 Wahlkreise in Baden Württemberg für DIE LINKE. Unter den Stuttgarter Wahlkreisen war es das zweitbeste Wahlergebnis. Es war der einzige Wahlkreis, in dem DIE LINKE bei unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung (59,6%) ein so hohes Ergebnis erreicht hat.

Spitzenreiter für DIE LINKE in Stuttgart war Filippo Capezzone mit 7,5% im Wahlkreis I in den Stadtteilen der Innenstadt. In diesem Wahlkreis wohnen viele jungen Menschen mit akademischer Ausbildung bzw. akademischen Berufen. In solchen Wahlkreisen haben durchgehend die Grünen ein sehr hohes Ergebnis und auch DIE LINKE schneidet hier überdurchschnittlich gut ab.



Quelle: https://www.stuttgart.de/

Mit dem sehr guten Ergebnis im Wahlkreis Stuttgart IV setzt sich der Trend fort, dass der Unterschied zum landesweiten Ergebnis immer weiter wächst. 2006 trat die WASG bei der Landtagswahl und erreichte für DIE LINKE 3.07 %, im Wahlbezirk Stuttgart IV waren es 3,4 %. 2011 war das Verhältnis 2,8 % zu 4,2 %, 2016 2,9 % zu 5,9 % und 2021 3,6 % zu 7 %.

Der Grund für diesen Erfolg ist die wachsende Verankerung. Dabei spielt die Arbeit in den Mieterinitiativen eine große Rolle.

Kampagne gegen Mieterhöhung bei SWSG

DIE LINKE Stuttgart hat im Wahlkampf eine Kampagne gegen die Mieterhöhung bei der SWSG gestartet. Dazu wurde ein extra Flyer (hier) und Plakat herausgebracht.

DIE LINKE Stuttgart hat wiederholt das Mittel des Haustürwahlkampfes eingesetzt. In den Wahlkreisen mit SWSG-Wohnungen wurde der Haustürwahlkampf auf die Wohnviertel der SWSG konzentriert in denen wir aktiv in den Mieterinitiativen sind. Die Erfahrungen waren sehr positiv. Wir bekamen mehr als 70 Adressen von Mieterinnen, die über unsere Kampagne gegen die Mieterhöhung bei der SWSG informiert bzw. aktiv werden wollen.

In den Stadtviertel-Wahllokalen, wo wir in den Mieterinitiativen aktiv sind, wurden Wahlergebnisse von über 10% erzielt. Für den Ortsverband Bad Cannstatt konnten wir ein neues Mitglied für DIE LINKE gewinnen. Neun Wählerinnen haben sich in Listen für unseren Mail-Verteiler eingetragen.

Programm zur Autoindustrie

In unserem Wahlkreis haben Mahle und Daimler ihre Konzernzentralen. In beiden Unternehmen der Autobranche steht ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen an. Die Ortsverbände in unserem Wahlkreis hatten im Wahlkampf einen Flyer zur Krise der Autoindustrie produziert mit der Überschrift „Arbeitsplätze, Löhne und Klima retten – Produktion raus aus Unternehmerhand“ (hier). Der Flyer wurde bei Warnstreiks und bei Schichtwechsel verteit. Zusätzlich waren wir damit bei der Mahnwache gegen Produktionsverlagerung der Kollegen bei Mann+Hummel in Ludwigsburg.

Im Wahlkreis IV gibt es einen hohen Bevölkerungs-Anteil mit niedrigeren Einkommen und HartzIV-Empfänger*innen. Deshalb haben wir einen Extra-Flyer gemacht mit der Überschrift „Armut bekämpfen statt Arme“ (hier).

Mit Sozialismus Wahlkampf machen

Im Wahlkampf habe ich meine sozialistische Einstellung und meine Ablehnung einer gemeinsamen Regierung mit SPD und Grünen wo immer möglich zum Ausdruck gebracht. Die 3.822 Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis sind durch ihre Unterstützung keine bewussten Unterstützer*innen sozialistischer Ideen. Die meisten haben sicher nur einen Bruchteil der Flyer, social media oder andere Veröffentlichungen gelesen. Nur mit einem

kleinen Teil der Wähler*innen kommt man persönlich ins Gespräch.

Das Ergebnis zeigt aber, dass das offene propagieren sozialistischer Ideen keine Wähler*innen abschreckt, wenn diese Ideen mit einem kämpferischen Auftreten in den tagtäglichen Auseinandersetzungen verbunden werden. Dann steigt nicht nur die Wahlunterstützung, sondern auch die Offenheit für sozialistische Ideen.

Nichtwähler*innen Potenzial für DIE LINKE

Die zum Teil sehr niedrige Wahlbeteiligung in Arbeiter*innenvierteln zeigt, dass das Potenzial für DIE LINKE hier nur angekratzt wurde. Denn selbst viele Menschen, die den Wert der Mieterinitiativen für die Verteidigung ihrer Interessen sehen, sehen noch nicht, dass man sich in DIE LINKE politisch organisieren sollte und dass Wählen der LINKEN auch ein Beitrag im Kampf gegen den Mietenwahnsinn leistet.

Menschen, die noch nie oder seit Jahrzehnten nicht mehr gewählt haben, sind völlig entfremdet vom Politikbetrieb. Die Wahlbenachrichtigung landet meist sofort im Altpapier. Bei diesen Nichtwähler*innen liegt ein großes Potenzial für Die LINKE. Dafür muss der qualitative Unterschied zu anderen Parteien, ihre Strategie zur grundlegenden Veränderung der Verhältnisse und die Bedeutung von Wahlen klar gemacht werden.

„Parteien sind doch alle gleich“ oder „Wählen? Was soll das bringen?!“ Das ist die Haltung von Nichtwähler*innen. Das ist eine Herausforderung, der sich DIE LINKE stellen muss.

Klassen- und sozialistisches Bewusstsein schaffen

Im Wahlkampf ist ganz deutlich geworden, dass die Verunsicherung, Ratlosigkeit und Verwirrung durch die Corona-Pandemie noch größer geworden ist. Es ist Aufgabe von DIE LINKE, klassen- und sozialistisches Bewußtsein zu schaffen. Wenn DIE LINKE keine realen Gebrauchswerte bei der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend anbietet und dabei keinen Ausweg aus dem kapitalistischen Wahnsinn aufzeigt, wird sie ihrem Anspruch als sozialistische Partei nicht gerecht. Als eine weitere etablierte Partei wird DIE LINKE nicht gebraucht.

Die kapitalistische Krise hat bis zur Landtagswahl noch nicht dazu geführt, dass sich für die Mehrheit der Bevölkerung die materielle Lage dramatisch verschlechtert hat. Das wird sich mit der prognostizierten Pleitewelle, mit der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie und mit der Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung nach der Bundestagswahl ändern.

Dann ist DIE LINKE erst recht gefordert, ihren Beitrag zu leisten, eine Massenbewegung aufzubauen und sie mit einem sozialistischen Programm zu bewaffnen. Wenn DIE LINKE dieser Aufgabe nicht gerecht wird, gibt es keine Garantie auf das Knacken der 5%-Hürde bei der nächsten Landtagswahl.

Die Vorstellung, man könne so weiter machen wie bisher, und dass 2026 automatisch der Einzug in den Landtag gelingt, ist in diesen turbulenten Zeiten ein Trugschluss.

Link-Liste

Webseite „Ursel Beck in den Landtag“
https://urselbeck.in-den-landtag-bw.de/

Rede zum Wahlkampfauftakt am 30.1.2021 Schlossplatz Stuttgart
https://urselbeck.in-den-landtag-bw.de/2021/02/09/wahlkampfauftakt-zur-landtagswahl-2021/

Warum wir eine starke Linke brauchen. Gespräch Ursel Beck, Reiner Hofmann, Tim Hülquist
https://www.youtube.com/watch?v=Ow9PQJroFdg

VONOVIA: Enteignung ist die halbe Miete. Gespräch Ursel Beck, Ulrich Spangenberger, Martin Auerbach
www.youtube.com/watch?v=36Ejul0V8M0

Facebook Ortsverein Bad Cannstatt, Mühlhausen und Münster
https://www.facebook.com/pages/category/Political-Party/DIE-LINKE-Stuttgart-Bad-Cannstatt-M%C3%BChlhausen-M%C3%BCnster-450443742000941/

Interview Sahra Mirow
https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.linken-spitzenkandidatin-sahra-mirow-ein-offensichtliches-versagen-im-kultusministerium.4af19c16-4da0-4ee7-82c5-588f30d24c6f.html?reduced=true

Flyer zur Krise der Autoindustrie:
https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/fileadmin/user_upload/Wahl_-_Flyer_Autoindustrie.pdf

Flyer „Armut bekämpfen statt Arme“
https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/fileadmin/user_upload/Wah_l-_Flyer_Armut_Reichtum.pdf

Protest-Flyer gegen die Mieterhöhung der SWSG
https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/fileadmin/user_upload/SWSG_Flyer.pdf

Redebeitrag Ursel Beck in der Generaldebatte beim Landesparteitag am 5.12.2020
https://urselbeck.in-den-landtag-bw.de/2021/01/27/you-think-water-moves-fast-copy/